

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

Unsere Kandidaten
zur Bundestagswahl
am 24. September:



Julian Eder, 18 Jahre,
Abiturient, Wahlkreis
177, Wetterau-West



Dirk Methfessel,
35 Jahre, Lehrer, Wahl-
kreis 175, Wetterau Ost
Mehr auf der Rückseite!

Bis 2040 müssen in der Wetterau 24 200 neue Wohnungen gebaut werden!

Das Institut „Wohnen und Umwelt“ erstellte eine Studie für die Hessische Landesregierung. Darin wird der Wohnungsbedarf bis ins Jahr 2040 untersucht. Ergebnis: in Hessen fehlen insgesamt 517 000 Wohnungen. Im Wetteraukreis sind 24 200 neue Wohnungen nötig.

Die Studie wurde im April 2017 veröffentlicht. Sie stellt fest: Im Wetteraukreis entstanden seit 2014 viel zu wenig neue Wohnungen - nämlich 810 pro Jahr.

1900 Wohnungen jährlich sind nötig

Um den Wohnungsbedarf zu decken, müssen aber 1900 neue Wohnungen pro Jahr neu entstehen!

Vor allem müssen Mietwohnungen gebaut werden!

Der Bau von Eigenheimen und teuren Eigentumswohnungen wird die Wohnungsnot nicht bekämpfen. Gebraucht werden bezahlbare Wohnungen!

Leider ignorieren die Politiker/innen im Wetteraukreis das drängende Wohnungsproblem völlig. *Weiter Seite 2*

**Kreistag: SPD und CDU wollen kleine
Fraktionen politisch ausschalten!**

Seite 5

Fortsetzung von Seite 1

Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gründen!

Schon im September 2015 hatte DIE LINKE. eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft beantragt. Der Kreistag beschloss, diese Möglichkeit wenigstens einmal zu prüfen. Doch Landrat Arnold und der Kreisausschuss verschleppten den Beschluss. Jetzt wollen sie davon nichts mehr wissen.

Dabei hat das Land Hessen ein Programm für den sozialen Wohnungsbau aufgelegt, das bis 2019 1,2 Milliarden Euro bereitstellt. Dieses Geld reicht für ca. 12 000 Wohnungen. Das ist viel zu wenig - aber immerhin ein Anfang. Kreise und kreisfreie Städte können Mittel aus dem Programm abrufen.

Was macht der Wetteraukreis? Nichts!

Der Wetteraukreis beantragte bisher keine Mittel aus dem Landestopf für den sozialen Wohnungsbau!

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass unsere Kreispolitiker/innen das Wohnungsproblem nicht ernst nehmen: hier ist er erbracht!



Mietwohnungen werden abgerissen. Dafür werden teure Eigentumswohnungen gebaut.

Wohnen muss bezahlbar sein!

Im Ostkreis sind die Wohnungen billig. Das hören wir immer wieder: ob im Kreistag, beim Jobcenter oder in Diskussionsveranstaltungen. Und weil die Mieten angeblich so billig sind, wird Druck auf Menschen gemacht, die nicht genug Geld zum Leben haben und Sozialhilfen brauchen: Rentner/innen, Niedriglöhner, Arbeitslose. Sie sollen in den Ostkreis umziehen.

Was soll dieser Unsinn? Jetzt hat das Amt für Bodenmanagement veröffentlicht, dass in den ländlichen Regionen die Mieten und Immobilienpreise zunehmend anziehen.

Grund ist das deutliche Bevölkerungswachstum in den letzten sieben Jahren. Mehr Menschen brauchen mehr Wohnraum. Es wurden aber viel zu wenig Wohnungen gebaut.

Folge 11:

Räumungsklage und keine Hilfe für Mutter und drei kleine Kinder

Eine alleinerziehende Mutter und ihre drei Kinder (8 Jahre, 4 Jahre und 1 Jahr) werden fristlos gekündigt. Verzweifelt sucht die Frau eine bezahlbare Wohnung zu den Mietobergrenzen des Wetteraukreises. Vergeblich. Es kommt zur Räumungsklage. Wer hilft jetzt? Wer ist zuständig?

Der Vermieter fordert 3000 Euro Nachzahlung für Nebenkosten. Drei aufeinanderfolgende Jahre bekam die junge Frau Nebenkostenabrechnungen über hunderte Euro. Mit der Hartz4-Grundversicherung ist sie nicht in der Lage, diese Rechnungen zu begleichen.

Muss Sie auch nicht! Das Jobcenter ist gesetzlich verpflichtet, Nebenkosten in voller Höhe zu zahlen. Das gilt auch für Nachzahlungen. Doch niemand informiert die junge Frau darüber. Und niemand kontrolliert diese Abrechnungen, die viel zu hoch sind. Beratungspflicht beim Jobcenter? Null!

So kommt es zur fristlosen Kündigung. Drei Monate bleiben Zeit, eine Wohnung zu den gültigen Mietobergrenzen zu finden: 520 Euro für vier Per-

sonen. Vergeblich! Nun erwirkt der Vermieter vor Gericht eine Räumungsklage. Der Richter gewährt nochmal drei Monate Zeit. Doch die verzweifelte Wohnungssuche endet ergebnislos.

Die Frau bittet das Jobcenter um Übernahme der Schulden. Sie will die Zwangsräumung abwenden. Jetzt endlich reagiert das Amt: Wenn der Vermieter die Kündigung zurückzieht, soll ein Darlehen gewährt werden. Ein Darlehen! Nicht die Übernahme der Nebenkostenabrechnungen!

Doch der Vermieter will Blut sehen. Er lehnt ab. Die Frau sucht Hilfe bei der Stadt Friedberg. Dort sagt man ihr, dass es keine Notunterkünfte gebe. Zwei Tage vor der Räumung könne sie wiederkommen. Erst einen Tag vor der

Zwangsräumung organisiert man eine Notlösung in einer Flüchtlingsunterkunft.

Endlich kehrt sich das Blatt. Im Kindergarten klagt sie ihr Leid einer anderen Mutter. Einige Tage später hält sie überglücklich einen Mietvertrag in den Händen.

Doch das Jobcenter Wetterau lehnt den Vertrag ab. Die Miete liegt über der Obergrenze. Dabei kann in Notlagen die Mietobergrenze überschritten werden! Angeblich um 30 Euro. Aus Mitleid lässt der neue Vermieter bei der Miete nach. Jetzt liegt sie 30 Euro über der Mietobergrenze. Wieder weigert sich das Jobcenter zu genehmigen! Welch ein Glück: der Vermieter senkt nochmals die Miete.

Schön, dass es noch soziale Menschen gibt!

Stadtparlament Nidda:

Kita soll kostenfrei sein

Karl-Heinz Haas, Stadtverordneter in Nidda für DIE LINKE, gibt nicht auf: Er setzt sich für eine kostenfreie Kinderbetreuung ein.

Auf seinen Antrag hin hat die Stadtverordnetenversammlung Nidda mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst: Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetz zu ändern. Die Pauschalen für die Kindertagesbetreuung müssen vereinfacht und erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Elternbeiträge wegfallen. Die Einnahmeausfälle der Kommunen müssen ersetzt werden.

Ziel ist die vollständige Finanzierung der Kindertagesbetreuung durch das Land bis 2020.

Das stärkere finanzielle Engagement des Landes darf nicht zu einer Kürzung der kommunalen Anteile im Finanzausgleich führen. Die Kommunen müssen für ihre Aufgaben endlich gut ausgestattet werden!

Begründet wurde der An-

trag mit dem Hinweis, dass frühkindliche Bildung ein wichtiger Beitrag zu Chancengleichheit ist. Das setzt aber voraus, dass alle Kinder Zugang zur Kita haben - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

DIE LINKE forderte bereits 2013, dass der Besuch von Kinderkrippen und Kindertagesstätten gebührenfrei sein soll. Bisher hatte dieser Appell nicht gefruchtet. Deshalb startete Karl-Heinz Haas erneut einen Anlauf. Die Elternschaft steht voll dahinter.

Alle Anträge und Anfragen der Linken Kreistagsfraktion finden Sie auf der homepage www.die-linke-wetterau.de Besuchen Sie uns!

In dieser Ausgabe finden Sie eine Beilage der Schutzgemeinschaft der Sparkassengeschädigten.

Wann wird die S6 barrierefrei?

Immer wieder protestieren Menschen mit Behinderung für barrierefreie Bahnhöfe entlang der S6. Die Landtagsabgeordnete Gabi Faulhaber hatte eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Nun liegt die Antwort vor.

Am Bahnhof Friedberg sollen wohl Ende 2018 Aufzüge für die Bahnsteige 1 bis 4 gebaut werden. Weniger ermutigend sieht es für den Bahnhof Groß-Karben aus. Dort soll bis 2022 nichts geschehen. Die DB Netz AG könnte sich zwar einen Treppenaufzug als Zwischenlösung vorstellen, aber das sehen die Betroffenen kritisch.

Zu recht! Denn es liegen mit Sicherheit schon Pläne für den Umbau vor. So weiß man sicher bereits, wo der Aufzug hin soll und könnte mit dem Bau beginnen. Dass Menschen mit Behinderung bis 2022 nicht selbständig nach Frankfurt fahren können, ist keine Option.

Aus dem Kreistag:

Landeswohlfahrtsverband:

Solidarität macht stark

Die wohlhabenden Städte der Rhein-Main-Region wollen die Solidarfinanzierung in der Behindertenhilfe aufkündigen. Sie drängen auf eine dezentrale kommunale Behindertenversorgung. Der Landeswohlfahrtsverband (LWV) ist ihnen zu teuer. Es geht um Einsparungen.

Der LWV unterstützt behinderte, psychisch kranke, sozial benachteiligte Menschen in ihrem Alltag und bei der Eingliederung in die Arbeitswelt.

Der LWV wird durch ein Umlagesystem finanziert. Alle Kreise und kreisfreien Städte zahlen je nach ihrer Steu-

erkräft den gleichen Prozentsatz in die Kasse des LWV. So findet ein solidarischer Ausgleich statt. In allen Regionen Hessens - ob finanzstark oder strukturschwach - sind die erbrachten Leistungen für die betroffenen Menschen mit Behinderung gleich.

DIE LINKE will diesen hessenweiten Finanzausgleich erhalten. Denn der Ausstieg aus dem Solidarsystem würde zu ungleichen Verhältnissen führen. Der LWV soll auch weiterhin für die Eingliederungshilfen verantwortlich bleiben!

Im Kreistag der Wetterau haben wir mit einem Antrag um Unterstützung geworben. Der Kreistag soll sich zum LWV bekennen. Denn sowohl im Städtetag als auch im Landkreistag drängen die unsozialen Sparpolitiker auf die Auflösung des Solidarsystems. Das geht zu Lasten der Menschen mit Behinderung!

Rehabilitierung von Barbara Degen

Berufsverbote sind ein undemokratisches Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Opfer dieser unseligen Verfolgung wurden bisher nicht rehabilitiert. Das gilt auch für Barbara Degen, die ehemalige Leiterin der Kreisvolkshochschule in Friedberg.

Im Kreistag hat DIE LINKE die Rehabilitierung von Frau Degen beantragt. Doch immer noch liegen die bürgerli-

chen Parteien in den Schützengräben von damals. Linkes Engagement gefällt ihnen bis heute nicht.

Frau Degen war politisch aktiv. Zunächst in der SPD, später in der DKP und im DGB. Das passte der Wetterauer CDU nicht. Sie startete eine Schmutzkampagne: Degen sei eine linke Radikale und gegen das Grundgesetz. DGB und GEW unterstützten sie. Aber die SPD schwenkte auf den CDU-Kurs ein. So wurde Barbara Degen 1974 entlassen - ohne einen gerichtsfesten Vorwurf.

Sprechstunden im Roten Laden

Im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der **Fraktion der Linken im Kreistag** sprechen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „**Linke Hartz4-Hilfe Wetterau**“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite.

So erreichen Sie **DIE LINKE.**

Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de

Ich möchte weitere Informationen über **DIE LINKE.**
Mich interessiert besonders das Thema:

O Ich möchte Mitglied der Partei **DIE LINKE.** werden.

Name: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Niddatal:

Busverbindung grottschlecht

Auch in Niddatal lässt die Anbindung durch den öffentlichen Nahverkehr Wünsche offen.

Abends an den Wochentagen ist um 20:09 Uhr die letzte Busverbindung von Nieder-Wöllstadt nach Assenheim und Bönstadt. 20:39 Uhr geht noch ein Bus nach Ilbenstadt und Kaichen. Und danach ist Schicht.

Sontags startet in Nieder-Wöllstadt der letzte Bus um 16:42 Uhr und kommt um 17 Uhr in Kaichen an.

Dieser Bus bedient aber Assenheim und Bönstadt nicht.

Der Übergang von der S-Bahn zu den Bussen beträgt wochentags 4-6 Minuten. Die S-Bahn ist oft fünf Minuten und mehr verspätet. Nicht alle Busse warten auf die Bahn. Besonders bei einem 4-minütigen Übergang sind sie oft weg. Das bedeutet wieder eine längere Wartezeit.

Am 24. September ist Bundestagswahl:

Linke Kandidaten für die Wetterau



Julian Eder kandidiert für DIE LINKE im Wahlkreis 177, Wetterau-West.

„Ich kandidiere für DIE LINKE, weil sie die einzige Partei ist, die für Abrüstung steht. Die anderen Parteien wollen die Rüstungsausgaben verdoppeln. Wir würden dann jährlich 60 Milliarden Euro für Rüstung ausgeben! Wer muss diese Zeche zahlen?

Junge Menschen brauchen Bildung, eine Arbeit von der man leben kann und Investitionen in den Umweltschutz! Junge Menschen brauchen soziale Sicherheit und eine friedliche Perspektive! Das alles erreicht man nicht mit Waffenexporten, mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr und mit NATO-Manövern an den Grenzen Russlands! Nur Abrüstung sichert unsere Zukunft! „



Dirk Methfessel kandidiert für DIE LINKE im Wahlkreis 175, Wetterau Ost

„Ich möchte in keiner Gesellschaft leben, in der fast 20 Prozent der Menschen arm sind oder von Armut bedroht. Ich möchte eine soziale Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen haben. Eine Gesellschaft, in der Menschen nicht von Millionenerbschaften leben, während andere die Miete nicht zahlen können. Eine Welt, in der niemand vor Bomben fliehen muss, in der niemand mit dem Tod Geschäfte macht.

Ich möchte nicht, dass unsere Lebensgrundlagen aus Profitgier zerstört werden! Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn Konzerne Lebewesen patentieren lassen, Tiere ausgerottet werden und das Klima kollabiert! „

**Keine Lust auf Weiterso? Das ist unsere Alternative:
Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle.**

DIE LINKE.

wählen!

